

Ständerat

Conseil des Etats

Consiglio degli Stati

Cussegl dals stadis



18.312 s Kt.IV. GE. Für den Erhalt der Arbeitsplätze und eine echte Grundversorgung durch die Post

Bericht der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen vom 1. Juli 2019

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen hat an ihrer Sitzung vom 1. Juli 2019 die vom Kanton Genf am 29. Mai 2018 eingereichte kantonale Initiative vorgeprüft.

Die Initiative verlangt, dass die Post ihre Arbeitsplätze erhält und die Grundversorgung weiterhin gewährleistet.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt einstimmig, der kantonalen Initiative keine Folge zu geben.

Berichterstattung: Janiak

Im Namen der Kommission
Der Präsident:

Claude Janiak

Inhalt des Berichtes

- 1 Text und Begründung
- 2 Erwägungen der Kommission



1 Text und Begründung

1.1 Text

Der Grossrat des Kantons Genf fordert die Bundesversammlung auf:

- den Bundesrat dazu anzuhalten, bei der Post darauf hinzuwirken, dass diese die Arbeitsplätze erhält und die Grundversorgung weiterhin gewährleistet, indem sie namentlich auf die in der Begründung genannten Entscheide zurückkommt und mit den Personalverbänden im Dialog bleibt;
- das Bundesrecht nötigenfalls in diesem Sinne zu präzisieren.

1.2 Begründung

Der Genfer Grossrat reicht diese Standesinitiative ein in Anbetracht:

- des Postgesetzes (PG; SR 783.0), namentlich seines Artikels 1 Absatz 3 Buchstabe a, der für alle Bevölkerungsgruppen in allen Landesteilen eine Grundversorgung vorsieht;
- des Entscheids der Post von Oktober 2014, eingeschriebene Briefe und Pakete sowie Pakete, die aufgrund ihrer Grösse nicht in den Milchkasten passen, bei Gebäuden ohne Türklingel oder Gegensprechanlage - abgesehen von Ausnahmen - nicht mehr zuzustellen;
- des Entscheids der Post von September 2015, sämtliche Transporte mit Lastwagen über 3,5 Tonnen auszulagern;
- der negativen Auswirkungen dieser Entscheide auf die Grundversorgung und die Arbeitsplätze.

2 Erwägungen der Kommission

An ihrer Sitzung vom 4. April 2019 hat die Kommission eine Vertretung des Kantons angehört. Ausserdem hat sie sich an ihrer Sitzung vom 1. Juli 2019 vertieft mit der Post befasst und dazu je eine Aussprache mit der Departementsvorsteherin und der Post-Spitze geführt. Die KVF ist der Ansicht, dass im Postbereich Handlungsbedarf besteht und dass die verschiedenen kantonalen Initiativen der vergangenen Jahre berechnete Anliegen aufgegriffen haben. Sie weist darauf hin, dass einer dieser Initiativen – derjenigen des Kantons Jura ([17.314](#)) – Folge gegeben wurde und damit bereits ein Auftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage im Parlament hängig ist. Da die vorliegende Initiative weitgehend in der Initiative 17.314 enthalten ist, hat die KVF entschieden, sich auf die jurassische Initiative zu konzentrieren und beantragt ihrem Rat einstimmig, der Initiative Genf (sowie den Initiativen mit ähnlichen Forderungen aus Basel-Stadt [18.314](#) und Solothurn [18.315](#)) keine Folge zu geben. Die Umsetzung der Initiative Jura wird die Kommission nach Vorliegen einer Gesamtschau der Post in der ersten Hälfte 2020 angehen.